



Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

in der Gemeinderatssitzung vom 20. September 2018

eingbracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Kameraüberwachung - Behördenschreiben
Innenministerium

Sehr geehrter Bürgermeister Nagl,

im Frühjahr dieses Jahres wurde im Österreichischen Nationalrat ein weiteres Überwachungspaket beschlossen, das eine Ausweitung von Kameraüberwachungsmaßnahmen vorsieht. Dabei soll unter anderem die Polizei Zugang auf Echtzeitbilder von Videoüberwachungsanlagen von Rechtsträgern des öffentlichen Bereiches wie auch Privaten erhalten, sofern diese einen öffentlichen Versorgungsauftrag nachkommen.

Medialen Berichten zufolge forderte das Innenministerium jetzt Gemeinden sowie Unternehmen im öffentlichen Teilbesitz in einem Behördenschreiben dazu auf, bis 28. September bekanntzugeben, ob ein öffentlicher Raum in ihrem Wirkungsbereich überwacht werde. (1) Weiters soll dem Innenministerium mitgeteilt werden, wie die Polizei Zugriff auf Livebilder etwaiger Kameras im öffentlichen Raum erhalten könnte und wie hoch die Kosten für eine solche Schnittstelle wären.

1. Wer erhielt im Haus Graz ein solches Schreiben des Innenministeriums? Ich bitte um eine Auflistung
2. Erhielt ein Unternehmen, an dem die Stadt Graz Beteiligungen hält, ein solches Schreiben?
Wenn ja, welche Unternehmen erhielten dies? Ich bitte um eine Auflistung
3. Welche Fragen stellte das Innenministerium konkret?
4. Wer der zuvor Aufgelisteten antwortete dem Innenministerium?

5. Welche Antworten wurden dem Innenministerium auf seine Fragen gegeben? Ich bitte um die Antworten aller zuvor Aufgelisteten

(1) <https://derstandard.at/2000087605164/Innenministerium-verlangt-Zugriff-auf-Bilder-oeffentlicher-Kameras>